

**Prüfungs- und Studienordnung
der Wirtschaftswissenschaftlichen und Rechtswissenschaftlichen Fakultäten
für das Fach Wirtschaftslehre/Recht im Studiengang Lehramt an Gymnasien
vom 9. März 2009**

Gemäß § 3 Abs. 1 in Verbindung mit § 34 Abs. 3 des Thüringer Hochschulgesetzes (ThürHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Dezember 2006 (GVBl. S. 601), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2008 (GVBl. S. 535), und auf Grundlage der Thüringer Verordnung über die Erste Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien (ThürESTPLGymVO) vom 9. Dezember 2008 (GVBl. S. 465) erlässt die Friedrich-Schiller-Universität Jena folgende Prüfungs- und Studienordnung. Der Rat der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät hat die Ordnung am 16. Juli 2008 beschlossen, der Rat der Rechtswissenschaftlichen Fakultät hat die Ordnung am 11. Februar beschlossen, der Senat der Friedrich-Schiller-Universität hat der Ordnung am 17. Februar 2009 zugestimmt.

Die Ordnung wurde am 9. März 2009 vom Rektor der Friedrich-Schiller Universität Jena genehmigt.

Inhalt

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Studienvoraussetzungen, Eingangspraktikum
- § 3 Umfang des Studiums und der Staatsprüfung
- § 4 Gliederung des Studiums, Module
- § 5 - Qualifikationsziele, Standards und Inhalte des Studiums
- § 6 Modulkatalog
- § 7 Anerkennung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen
- § 8 Prüfungsausschuss
- § 9 Modulverantwortliche, Prüfer und Beisitzer
- § 10 Arten von Modulprüfungen
- § 11 Anmeldung und Zulassung zu Modulprüfungen
- § 12 Fristen für die Ablegung von Modulprüfungen
- § 13 Sonderfälle
- § 14 Praxissemester
- § 15 Bewertung der Prüfungsleistungen in Modulen, Bildung der Noten
- § 16 Wiederholung von Modulprüfungen
- § 17 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 18 Widerspruchsverfahren
- § 19 Bescheide und Bescheinigungen
- § 20 Ungültigkeit bereits festgestellter Prüfungsergebnisse
- § 21 Einsicht in die Prüfungsakten und Aufbewahrungsfrist
- § 22 Studienfachberatung
- § 23 Gleichstellungsklausel
- § 24 Inkrafttreten, Übergangsbestimmungen

**§ 1
Geltungsbereich**

Die Prüfungs- und Studienordnung regelt auf der Grundlage der Thüringer Verordnung über die Erste Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien (ThürESTPLGymVO) Ziele, Inhalte und Aufbau des Studiums im Prüfungsfach Wirtschaftslehre/Recht an der Friedrich-Schiller-Universität Jena bis zur Ersten Staatsprüfung. Insbesondere regelt sie das Studium für Module und Vorbereitungsmodule sowie die Prüfungen in den Modulen. Für Prüfungen in Staatsprüfungen gelten die Bestimmungen der Staatsprüfungsordnung (ThürESTPLGymVO) in der jeweils geltenden Fassung. In der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien wird die wissenschaftliche Befähigung des Kandidaten zur Erteilung von Unterricht in seinen gewählten Prüfungsfächern an Gymnasien ermittelt. Die Prüfung wird in den Bildungswissen-

schaften (hier: Erziehungswissenschaft) und in zwei gem. § 2 Abs. 2 und 3 ThürESTPLGym-VO gewählten Prüfungsfächern einschließlich ihrer Fachdidaktiken abgelegt.

§ 2

Studienvoraussetzungen, Eingangspraktikum

- (1) Das Studium wird zum Wintersemester aufgenommen.
- (2) Die Voraussetzung für die Zulassung zum Studium ist die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife oder ein von der zuständigen staatlichen Stelle als gleichwertig anerkanntes Zeugnis.
- (3) In der Regel ist mit Studienbeginn ein Eingangspraktikum im Umfang von 320 Stunden nachzuweisen. Ist der Nachweis zu Studienbeginn nicht oder nicht in vollem Umfang möglich, können fehlende Leistungen spätestens bis zum Beginn des Praxissemesters (vgl. § 14) nachgeholt werden. Aufgabe und Ziel des Eingangspraktikums ist es, Studierende zu befähigen, einen pädagogischen Bezug zu Kindern und Jugendlichen aufzubauen und aufrecht zu erhalten. Das Eingangspraktikum dient der Selbstüberprüfung der Studierenden im Zusammenhang mit der Aufnahme eines pädagogisch orientierten Studiums. Zuständig für die Beratung zum Eingangspraktikum ist das Praktikumsamt für Lehrämter des Zentrums für Lehrerbildung und Didaktikforschung (ZLD).

§ 3

Umfang des Studiums und der Staatsprüfung

- (1) Die Regelstudienzeit beträgt 10 Fachsemester. Im Studiengang für das Lehramt an Gymnasien sind insgesamt 300 Leistungspunkte (LP) zu erwerben. Diese gliedern sich in
 - das Prüfungsfach Wirtschaftslehre/Recht einschließlich Fachdidaktik mit 95 LP,
 - das zweite gewählte Prüfungsfach einschließlich Fachdidaktik mit 95 LP,
 - die Erziehungswissenschaften mit 20 LP,
 - das Praxissemester mit 30 LP.Die restlichen 60 LP entfallen auf die Prüfungsmodulare der Ersten Staatsprüfung (10 LP für jedes Fach, 5 LP für jede Fachdidaktik, 10 LP für die Erziehungswissenschaften und 20 LP für die wissenschaftliche Hausarbeit).
- (2) Im Durchschnitt sind pro Fachsemester insgesamt 30 Leistungspunkte zu erwerben. Für die Vergabe eines Leistungspunktes wird entsprechend den Vorgaben im European Credit Transfer and Accumulation System (ECTS) eine Arbeitsbelastung der Studierenden im Präsenz- und Selbststudium von 30 Stunden für einen LP angenommen. Die gesamte Arbeitsbelastung für Studien- und Prüfungsleistungen soll pro Studienjahr einschließlich der vorlesungsfreien Zeit 1.800 Stunden nicht überschreiten.
- (3) Im Prüfungsfach Wirtschaftslehre/Recht ist für das Praxissemester das 5. oder 6. Fachsemester gemäß Musterstudienplan vorgesehen, in der Regel das 5. Fachsemester.
- (4) Folgende Zeiten werden nicht auf die Regelstudienzeit nach Abs. 1 angerechnet, wenn einem begründeten Antrag auf Beurlaubung stattgegeben worden ist:
 - Zeiten des Mutterschutzes und der Gewährung von Elternzeit,
 - Zeiten des Wehr- und Ersatzdienstes,
 - Zeiten, während derer der Studierende wegen längerer, durch ärztliches Attest nachgewiesener schwerer Krankheit am Studium gehindert war,
 - Zeiten eines studienbedingten Auslandsaufenthaltes,
 - Zeiten, während derer der Studierende als gewähltes Mitglied in gesetzlich vorgeschriebenen Gremien oder satzungsmäßigen Organen der Universität tätig war.Genauer regelt die Immatrikulationsordnung der Friedrich-Schiller-Universität. Anträge auf Beurlaubung sind an das Studentensekretariat (Studierenden-Service-Zentrum) zu richten.
- (5) Für Studierende im Rahmen eines Teilzeitstudiums verdoppeln sich die in dieser Ordnung in § 3 Abs. 1, § 3 Abs. 2 und § 12 genannten Zeiträume und Fristen.

§ 4

Gliederung des Studiums, Module

(1) Das Studienangebot ist modular aufgebaut. Es umfasst Module und Vorbereitungsmodule. Jedes Modul bildet eine Lern- und Prüfungseinheit. Die Veranstaltungen eines Moduls erstrecken sich in der Regel über ein bis zwei Semester.

(2) In das Lehramtsstudium ist ein Praxissemester integriert. Für das Prüfungsfach Wirtschaftslehre/Recht regeln § 5 Abs. 7 und § 14 sowie die Praxissemesterordnung für Lehrämter der Friedrich-Schiller-Universität Näheres.

(3) Die in den Modulprüfungen erworbenen Leistungspunkte gehören zu den Zulassungsvoraussetzungen für die Staatsprüfungen im Prüfungsfach Wirtschaftslehre/Recht. Wann die Zulassung zur Ersten Staatsprüfung beantragt werden kann, regelt die Staatsprüfungsordnung.

(4) Der Studierende kann – soweit Kapazitätsbeschränkungen in einzelnen Modulen dies nicht verhindern – weitere Module aus dem Angebot des Faches und anderer Fächer absolvieren (Zusatzmodule). Zusatzmodule müssen durch eine Prüfung abgeschlossen werden. Es werden jedoch keine Leistungspunkte erteilt, die für das Prüfungsfach angerechnet werden können, und die Noten der Modulprüfungen gehen auch nicht in die Benotung nach der Staatsprüfungsordnung ein. Auf Antrag des Studierenden werden die Zusatzmodule und die Ergebnisse der Modulprüfungen in das Zeugnis aufgenommen. Im Fall von Wiederholungsprüfungen gilt § 16 Abs. 3. Dass es sich um ein Zusatzmodul handelt, ist bei der Meldung zur Modulprüfung anzugeben.

§ 5

Qualifikationsziele, Standards und Inhalte des Studiums

(1) In den Modulen werden die wissenschaftlichen Kompetenzen erworben, die den Kandidaten befähigen, seine Ausbildung im Vorbereitungsdienst der Lehrerbildung (zweite Phase) fortzusetzen (Qualifikationsziele). Die Kompetenzen orientieren sich an den Lehrerbildungsstandards der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Kultusministerkonferenz). Sie sind allgemein in der für Thüringen gültigen Form in § 3 der Staatsprüfungsordnung (ThürESTPLGymVO) beschrieben.

(2) Die in der Staatsprüfungsordnung vorgegebenen Standards werden für das Prüfungsfach Wirtschaftslehre/Recht einschließlich Fachdidaktik folgendermaßen konkretisiert: Die Studierenden erwerben in den in Abs. 3 und 4 genannten Modulen theoretisch fundierte inhaltliche Kenntnisse und methodische Fähigkeiten, die es ihnen ermöglichen, wirtschaftliche und rechtliche Probleme und Fragestellungen unter wirtschaftlichen und rechtlichen Perspektiven zu analysieren, zu lösen und didaktisch aufzubereiten. Die disziplinenübergreifende fachwissenschaftliche Qualifizierung ist mit einer praxisorientierten didaktischen Ausbildung verbunden, die unterrichtsbezogen umfassende Planungs-, Handlungs- und Reflektionskompetenzen vermittelt. Zum Ende des Studiums sind die Studierenden in der Lage, durch fachspezifische Kenntnisse und Fähigkeiten unter Einbeziehung rechtlicher und wirtschaftswissenschaftlicher Wissensbestände Problemfelder zu erörtern und exemplarisch unter Berücksichtigung der Lern- und Unterrichtsforschung adressatengerecht in den Schulunterricht zu überführen. Die Studierenden erwerben in der Fachdidaktik Kompetenzen, um ihren eigenen Unterricht zu planen, durchzuführen, zu evaluieren und um die fachlichen Lernprozesse von Schülerinnen und Schülern zu diagnostizieren und zu beurteilen.

(3) Das Studium im Prüfungsfach Wirtschaftslehre/Recht besteht aus 20 Modulen. Es umfasst 13 Pflichtmodule (56 LP) und 7 Wahlpflichtmodule (39 LP).

Pflichtmodule sind:

- Bürgerliches Recht und Handelsrecht, 6 LP
- Gesellschaftsrecht, 3 LP
- Bürgerliches Recht und Handelsrecht Vertiefung, 6 LP
- Grundzüge der Deutschen Rechts- und Verfassungsgeschichte, 2 LP
- Grundzüge des Familien- und Erbrechts, 4 LP
- Einführung in die zivil- und strafprozessuale Praxis, 2 LP
- Strafrecht Allgemeiner Teil, 6 LP

- Strafrecht Besonderer Teil, 4 LP
- Grundzüge des Arbeitsrechts, 2 LP
- Fachdidaktische Grundlagen, 4 LP
- Fachdidaktische Vertiefungen, 5 LP
- Wirtschaftswissenschaften I, bestehend aus
 - den Pflichtmodulen
 - ~ Basismodul Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, 6 LP
 - ~ Basismodul Einführung in die Volkswirtschaftslehre, 6 LP
 - einem Wahlpflichtmodul, zur Auswahl stehen alternativ:
 - ~ Basismodul Buchführung und Abschluss, 3 LP oder
 - ~ Basismodul Grundlagen der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 3 LP
- Wirtschaftswissenschaften II, bestehend aus einem
 - Wahlpflichtmodul der Betriebswirtschaftslehre, 6 LP, zur Auswahl stehen alternativ:
 - ~ Basismodul Operationsmanagement
 - ~ Basismodul Grundlagen des Marketing-Management
 - ~ Basismodul Investition, Finanzierung und Kapitalmarkt
 - ~ Basismodul Personalwirtschaft und Organisation
 - ~ Basismodul Steuern/Wirtschaftsprüfung (Das Basismodul kann nur gewählt werden, wenn im Modul Wirtschaftswissenschaften I „Buchführung und Abschluss“ erfolgreich absolviert wurde.)
 - ~ Basismodul Rechnungslegung und Controlling (Das Basismodul kann nur gewählt werden, wenn im Modul Wirtschaftswissenschaften I „Buchführung und Abschluss“ erfolgreich absolviert wurde.)
 - ~ Basismodul Management
 - ~ Basismodul Planung und Entscheidung
 - Wahlpflichtmodul der Volkswirtschaftslehre, 6 LP, zur Auswahl stehen alternativ:
 - ~ Basismodul Mikroökonomik
 - ~ Basismodul Makroökonomik
 - ~ Basismodul Markt, Wettbewerb und Regulierung
 - ~ Basismodul Finanzwissenschaft
 - ~ Basismodul Empirische und Experimentelle Wirtschaftsforschung
 - ~ Basismodul Grundlagen der Wirtschaftspolitik
- Wirtschaftswissenschaften III, bestehend aus einem
 - Wahlpflichtmodul der Betriebswirtschaftslehre, 6 LP
 - Wahlpflichtmodul der Volkswirtschaftslehre, 6 LP
Zur Auswahl stehen die unter dem Pflichtmodul Wirtschaftswissenschaften II aufgezählten Basismodule. Die im Pflichtmodul Wirtschaftswissenschaften II gewählten betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Basismodule dürfen nicht im Pflichtmodul Wirtschaftswissenschaften III gewählt werden.
- Wirtschaftswissenschaftliche Vertiefung, bestehend aus einem
 - Wahlpflichtmodul der Volkswirtschaftslehre, 6 LP, zur Auswahl stehen alternativ:
 - ~ Vertiefungsmodul Innovationsökonomik (Voraussetzung: Basismodul Mikroökonomik)
 - ~ Vertiefungsmodul Konjunktur und Wachstum (Voraussetzung: Basismodul Makroökonomik)
 - ~ Vertiefungsmodul Entrepreneurship, Marktdynamik und Wirtschaftsentwicklung (Voraussetzung: Basismodul Markt, Wettbewerb und Regulierung)
 - ~ Vertiefungsmodul Finanzwissenschaft (Voraussetzung: Basismodul Finanzwissenschaft)
 - ~ Vertiefungsmodul Quantitative Wirtschaftstheorie (Voraussetzung: Basismodul Empirische und Experimentelle Wirtschaftsforschung)
 - ~ Vertiefungsmodul Ökonomik des weltwirtschaftlichen Strukturwandels (Voraussetzung: Basismodul Grundlagen der Wirtschaftspolitik)
- oder dem
 - Wahlpflichtmodul Wirtschafts- und Sozialgeschichte:
 - ~ Vertiefungsmodul Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands und Europas, 6 LP (Voraussetzung: Basismodul Grundlagen der Wirtschafts- und Sozialgeschichte)
- und einem

- Seminar aus dem Bereich der VWL oder der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 6 LP (Voraussetzung: Vertiefungsmodul aus dem entsprechenden Gebiet)

(4) Vorbereitungsmodul für die Staatsprüfung und die Wissenschaftliche Hausarbeit sind:

- Vorbereitungsmodul Rechtswissenschaft, 5 LP
- Vorbereitungsmodul Wirtschaftswissenschaften, 5 LP
- Vorbereitungsmodul Fachdidaktik, 5 LP
- Wissenschaftliche Hausarbeit, 20 LP

(5) Für die Berechnung der Fachnote für die erste Staatsprüfung gehen folgende Module im Umfang von 60 LP in die Bewertung ein:

- Wirtschaftswissenschaften I, 15 LP
- Wirtschaftswissenschaften II, 12 LP
- Wirtschaftswissenschaftliche Vertiefung, 12 LP
- Bürgerliches Recht und Handelsrecht, 6 LP
- Gesellschaftsrecht, 3 LP
- Grundzüge der Deutschen Rechts- und Verfassungsgeschichte, 2 LP
- Strafrecht Allgemeiner Teil, 6 LP
- Strafrecht Besonderer Teil, 4 LP

(6) Bei folgenden Modulen sind Zulassungsvoraussetzungen zu beachten:

| Modulcode | Zulassungsvoraussetzung |
|--|---|
| LA WiWi B2, LA WiWi B3 | LA WiWi B1 |
| LA WiWi V | LA WiWi B1, LA WiWi B2 |
| LA FD 2 | Erwartete Vorkenntnisse: LA FD 1 |
| LA FD 3 (LA FD 3a & LA FS 3b) | LA FD 1 |
| BW 10.1, BW 11.1, BW 12.2, BW 16.1, BW 17.1 | Erwartete Vorkenntnisse: LA WiWi B1d |
| BW 14.1 | Erwartete Vorkenntnisse: LA WiWi B1a, LA WiWi B1d |
| BW 20.4, BW 21.4, BW 22.4, BW 23.6, BW 24.1, BW 25.4 | Erwartete Vorkenntnisse: LA WiWi B1c |
| BW 20.2 | Erwartete Vorkenntnisse: LA WiWi B2i |
| BW 21.2 | Erwartete Vorkenntnisse: LA WiWi B2j |
| BW 22.2 | Erwartete Vorkenntnisse: LA WiWi B2k |
| BW 22.3 | Erwartete Vorkenntnisse: LA WiWi B2l |
| BW 24.2 | Erwartete Vorkenntnisse: LA WiWi B2m |
| BW 25.2 | Erwartete Vorkenntnisse: LA WiWi B2n |
| BW 32.2 | Erwartete Vorkenntnisse: LA WiWi B1b |
| BW 20.3 | Erwartete Vorkenntnisse: LA WiWi Va |
| BW 21.3 | Erwartete Vorkenntnisse: LA WiWi Vb |
| BW 22.3 | Erwartete Vorkenntnisse: LA WiWi Vc |
| BW 23.4 | Erwartete Vorkenntnisse: LA WiWi Vd |
| BW 24.3 | Erwartete Vorkenntnisse: LA WiWi Ve |
| BW 25.3 | Erwartete Vorkenntnisse: LA WiWi Vf |
| BW 32.3 | Erwartete Vorkenntnisse: LA WiWi Vg |

(7) Das Praxissemester besteht aus 5 Modulen, die sich in ihrer Gesamtheit auf die vier Kompetenzbereiche der Lehrerbildungsstandards der KMK beziehen: Unterrichten, Erziehen, Beurteilen, Innovieren. Die Module werden in § 14 aufgeführt und in der Praxissemesterordnung für Lehrämter der Friedrich-Schiller-Universität dargestellt.

§ 6 Modulkatalog

(1) Auf der Grundlage dieser Ordnung wird von den Fakultätsräten der Wirtschaftswissenschaftlichen und Rechtswissenschaftlichen Fakultät ein Modulkatalog beschlossen. Bestand-

teil des Modulkatalogs sind die Modulbeschreibungen der gem. § 5 Abs. 3 und 4 dieser Ordnung zu belegenden Module und ein Musterstudienplan. Änderungen des Modulkatalogs, insbesondere Änderungen an den Modulbeschreibungen, bedürfen eines Beschlusses der Fakultätsräte und der Genehmigung durch den Rektor. Sie sind rechtzeitig vor Beginn des Moduls zumindest elektronisch bekannt zu machen.

(2) Die Modulbeschreibung informiert über Inhalte und Qualifikationsziele des Moduls, die Voraussetzungen zur Teilnahme, die Voraussetzungen zur Vergabe von Leistungspunkten, die Lern- und Arbeitsformen sowie die Art der Prüfungsleistungen und deren Gewichtung für die Modulnote. Die Modulbeschreibung informiert weiterhin über die Häufigkeit des Angebotes des Moduls sowie über Arbeitsaufwand und Dauer.

(3) In den Modulbeschreibungen ist auszuweisen, ob und mit welcher Gewichtung das Modul in die Berechnung der Fachnote für die Erste Staatsprüfung eingeht. Die Noten von Modulen werden in der Staatsprüfungsendnote nach der Zahl der LP gewichtet.

(4) Die Vorbereitungsmodule für die Staatsprüfungen sind in den Modulkatalogen zu kennzeichnen.

(5) Der Musterstudienplan informiert über zweckmäßige bzw. vorgeschriebene Abfolge der zu belegenden Module.

§ 7

Anerkennung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen

(1) Diese Ordnung regelt Anerkennungsfragen für Module einschließlich der Module des Praxissemesters. Für Anträge auf Anerkennung von Leistungen nach dieser Prüfungs- und Studienordnung sind die jeweiligen Prüfungsausschüsse für die Lehrerbildung, für Anträge auf Anerkennung von Leistungen bezüglich der Staatsprüfung ist das Landesprüfungsamt für Lehrämter zuständig.

(2) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in demselben Prüfungsfach an einer Universität oder gleichgestellten Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes werden anerkannt.

(3) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in anderen Studiengängen werden nach Rücksprache mit den jeweiligen Fachvertretern anerkannt, soweit die Gleichwertigkeit festgestellt ist. Gleichwertigkeit ist festzustellen, wenn Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in Inhalt, Umfang und in den Anforderungen denjenigen des entsprechenden Studiums an den Fakultäten im Wesentlichen entsprechen. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und -bewertung vorzunehmen. Werden Studien- und Prüfungsleistungen aus Lehrveranstaltungen des Zweifaches anerkannt, muss in einer Studienberatung geklärt werden, wie durch Äquivalenzmodule (-leistungen) die Gesamtzahl von 95 LP im Fachstudium einschließlich Fachdidaktik erreicht wird.

(4) Bei der Anerkennung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes erbracht wurden, sind die von Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften zu beachten. Bei einem Auslandsaufenthalt während des Studiums garantiert der Abschluss einer Vereinbarung über das zu absolvierende Programm („Learning Agreement“) vor Antritt des Auslandsaufenthaltes die Anerkennung der im Ausland erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen.

(5) Im Ausland erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen werden im Falle der Gleichwertigkeit nach Abs. 2 auch dann angerechnet, wenn sie während einer bestehenden Beurlaubung erbracht wurden und die Beurlaubung für einen studentischen Aufenthalt im Ausland nach § 17 Immatrikulationsordnung Abs. 2 Nr. 2-3 der Friedrich-Schiller-Universität Jena erfolgte.

(6) Werden Studien- und Prüfungsleistungen nach Abs. 4 anerkannt, die Zulassungsvoraussetzung für die Ersten Staatsprüfung sind, wird dies in der erforderlichen Form dokumentiert. Die Noten sind - soweit die Notensysteme vergleichbar sind - zu übernehmen. Bei unver-

gleichbaren Notensystemen wird von einem zuständigen Prüfer eine Äquivalenznote vergeben. Eine Kennzeichnung der Anerkennung im Modulzeugnis ist zulässig.

§ 8 Prüfungsausschuss

(1) Zur Wahrnehmung der durch diese Ordnung zugewiesenen Aufgaben wird ein Prüfungsausschuss gebildet. Durch Beschluss der Fakultätsräte der Wirtschaftswissenschaftlichen und Rechtswissenschaftlichen Fakultät können gemeinsame Prüfungsausschüsse für mehrere Studiengänge bzw. Studienfächer gebildet werden. Dabei müssen mindestens zwei Vertreter der einzelnen Studienfächer dem Ausschuss angehören. In diesem Falle kann die Mitgliederzahl des Ausschusses von der Regelung des Abs. 2 abweichen; das Zahlenverhältnis der Mitgliedergruppen ist zu wahren.

(2) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses werden auf Vorschlag der Statusgruppen durch die Fakultätsräte der Wirtschaftswissenschaftlichen und Rechtswissenschaftlichen Fakultät gewählt. Dem Prüfungsausschuss gehören zwei Vertreter der Gruppe der Hochschullehrer, ein Vertreter der Gruppe der akademischen Mitarbeiter und ein Student, der für dieses Prüfungsfach eingeschrieben ist, an. Die Amtszeit der Mitglieder des Prüfungsausschusses beträgt i. d. R. zwei Jahre, die des studentischen Mitgliedes i. d. R. ein Jahr.

(3) Die laufenden Geschäfte des Prüfungsausschusses werden von einem Prüfungsamt geführt.

(4) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder, darunter das für den Vorsitz gewählte Mitglied oder sein Vertreter, anwesend ist. Der Prüfungsausschuss fasst seine Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des für den Vorsitz gewählten Mitgliedes den Ausschlag. Das studentische Mitglied wirkt bei der Abstimmung über die Bewertung oder Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen nicht mit.

(5) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich.

(6) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(7) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Ordnung eingehalten werden und sorgt für die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfungen. Er bestellt weitere Prüfer und Beisitzer. Er ist insbesondere zuständig für die Entscheidung über Widersprüche gegen in Prüfungsverfahren getroffene Entscheidungen.

(8) Der Prüfungsausschuss berichtet an die Räte der Fakultäten über die Entwicklung der Prüfungen und der Studienzeiten und gibt Anregungen zur Reform der Prüfungs- und Studienordnung und zum Qualitätsmanagement.

(9) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, der Abnahme von Prüfungen beizuwohnen und Einsicht in die Prüfungsakten zu nehmen.

(10) Der Prüfungsausschuss kann die Erledigung von Aufgaben dem Vorsitzenden übertragen.

§ 9 Modulverantwortliche, Prüfer und Beisitzer

(1) Für jedes Modul und Vorbereitungsmodul ist seitens der Fakultäten ein Modulverantwortlicher zu bestimmen. Ihm und der Studienfachberatung obliegen die Aufgaben der Beratung der Studierenden, die Bekanntmachung der ggf. aktualisierten Modulbeschreibungen und die fakultätsseitige Absicherung der Modulveranstaltungen und Prüfungen.

(2) Modulverantwortliche und im Modul eigenverantwortlich Lehrende sind ohne besondere Bestellung Prüfer in den zugehörigen Modulprüfungen. Weitere Prüfer werden vom Prüfungsausschuss bestellt.

- (3) Prüfer für Staatsprüfungen werden vom Landesprüfungsamt bestellt.
- (4) Modulverantwortliche oder Prüfer in Modulprüfungen können nur solche Mitglieder und Angehörige der Friedrich-Schiller-Universität Jena oder in Ausnahmefällen einer anderen Hochschule sein, die in dem betreffenden Prüfungsfach zur Lehre befugt sind oder waren. Soweit es Zweck und Eigenart der Prüfung erfordern, können auch in der beruflichen Praxis und Ausbildung erfahrene Personen zu Prüfern bestellt werden. Über deren erforderliche Qualifikation entscheidet der Prüfungsausschuss auf der Grundlage des Thüringer Hochschulgesetzes.
- (5) Die Prüfer und Beisitzer sind zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet.

§ 10 Arten von Modulprüfungen

- (1) Die Modulprüfungen werden in Form von mündlichen Prüfungen, schriftlichen Arbeiten unter Aufsicht (Klausuren), Hausarbeiten und Projektberichten oder sonstigen nach vergleichbaren Maßstäben bewertbaren Prüfungsleistungen durchgeführt. In geeigneten Fällen können Prüfungen auch mit Unterstützung elektronischer Medien und mit elektronischer Dokumentation durchgeführt werden. Die Prüfungsart ist in der Modulbeschreibung anzugeben und wird zu Beginn des Moduls konkretisiert. Die Modulprüfungen beziehen sich auf den Gegenstand des Moduls unter Einschluss der dazu notwendigen Grundlagen. Ist die Prüfung bestanden, werden die in der Modulbeschreibung festgelegten Leistungspunkte erteilt.
- (2) In den Prüfungen soll der Studierende nachweisen, dass er die gestellten Prüfungsaufgaben mit wissenschaftlichen Mitteln bearbeiten kann, dass er Zusammenhänge erkennt und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermag. Die Dauer einer mündlichen Prüfung soll 30 Minuten nicht überschreiten, Klausuren sollen einen Zeitraum von 120 Minuten nicht überschreiten, die Obergrenze für Hausarbeiten oder Projektberichte beträgt in der Regel 20 Seiten, ihre Bearbeitungszeit sollte vier Wochen nicht unterschreiten und acht Wochen nicht überschreiten. Der Abgabetermin wird durch den Prüfer festgelegt. Übernahmen aus dem Internet sind im Literaturverzeichnis gesondert zu dokumentieren. Auf der letzten Seite ist die Erklärung aufzunehmen: *Ich erkläre, dass ich vorliegende Arbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Hilfsmittel und Literatur angefertigt habe.*
- (3) Prüfungsleistungen können in geeigneten Fällen auch durch eine Gruppe von Studierenden (Gruppenprüfung) erbracht oder in Zusammenarbeit angefertigt werden (Gruppenarbeit). Dabei muss der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag des Einzelnen als individuelle Prüfungsleistung deutlich abgrenzbar und zu bewerten sein. Die Prüfungszeit verlängert sich entsprechend. Die Gruppe soll nicht mehr als drei Studenten umfassen. Bei Gruppenprüfungen hat die Bekanntgabe des Ergebnisses individuell zu erfolgen.
- (4) Mündliche Prüfungen werden vor zwei Prüfern (Kollegialprüfung) oder vor einem Prüfer in Gegenwart eines sachkundigen Beisitzers als Einzelprüfung oder als Gruppenprüfung abgelegt. Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der mündlichen Prüfungen sind in einem Protokoll festzuhalten. Das Ergebnis ist dem Studierenden jeweils im Anschluss an die mündliche Prüfung bekannt zu geben und zu begründen.
- (5) Schriftliche Prüfungen sowie Referate und andere Leistungen, die unmittelbar im Verlauf von Lehrveranstaltungen erbracht werden, werden in der Regel von einem Prüfer bewertet. Die Bekanntgabe der Ergebnisse der Modulprüfung soll innerhalb von vier Wochen nach der letzten Prüfungsleistung des Moduls erfolgen. Die Note und ihr Zustandekommen sind zu dokumentieren. Im begründeten Widerspruchsfall kann über den Prüfungsausschuss eine Zweitbegutachtung angefordert werden.
- (6) Wird eine bereits wiederholte Prüfung, die Voraussetzung für die Fortsetzung des Studiums ist, mit „nicht bestanden“ bewertet, so ist dieses Ergebnis durch einen zweiten Prüfer zu bestätigen. Im Fall unterschiedlicher Einschätzungen entscheidet der Prüfungsausschuss.

§ 11

Anmeldung und Zulassung zu Modulprüfungen

(1) Die Anmeldung zur Modulprüfung hat spätestens sechs Wochen nach Vorlesungsbeginn zu erfolgen. In dieser Zeit kann die Anmeldung ohne Angabe von Gründen wieder zurückgezogen werden. Danach ist die Anmeldung zur Prüfung rechtlich verbindlich.

(2) Nach der verbindlichen Anmeldung zur Modulprüfung wird vorbehaltlich der Regelung in Abs. 4 zugelassen, wer

1. für den Lehramtsstudiengang und das Prüfungsfach an der Friedrich-Schiller-Universität immatrikuliert ist, dies gilt nicht für Zusatzmodule nach § 4 Abs. 4.
2. die Zulassungsvoraussetzungen zum Modul gemäß Modulbeschreibung nachweisen kann,
3. die notwendigen Unterlagen vollständig und fristgemäß beim Modulverantwortlichen oder an einer von ihm bezeichneten Stelle abgeliefert hat,
4. nicht die betreffende oder eine vergleichbare Prüfung endgültig nicht bestanden hat und sich nicht in einem anderen entsprechenden Prüfungsverfahren befindet und
5. nicht die betreffende Prüfung bereits bestanden hat

(3) Die Zulassung zur Modulprüfung erfolgt durch den Modulverantwortlichen. Ein besonderer Bescheid ergeht nur, falls die Zulassung zur Modulprüfung zu versagen ist. Der Studierende ist spätestens 14 Tage vor dem Prüfungstermin darüber ortsüblich in Kenntnis zu setzen.

(4) Ist die Zulassung zur Modulprüfung an bestimmte Modulleistungen gebunden, kann die Zulassung zur Modulprüfung vorbehaltlich der Erfüllung der Leistungen erfolgen. Die Leistungen sind in den Modulbeschreibungen zu definieren.

§ 12

Fristen für die Ablegung von Modulprüfungen

(1) Modulprüfungen gelten als nicht bestanden, wenn der Studierende Fristen gemäß Abs. 2 aus von ihm zu vertretenen Gründen versäumt.

(2) Am Ende des sechsten Fachsemesters müssen die für die ersten vier Fachsemester vorgesehenen studienbegleitenden Modulprüfungen gemäß Prüfungs- und Studienordnung in Verbindung mit dem Musterstudienplan ordnungsgemäß absolviert worden sein.

(3) Anträge auf Anerkennung eines Härtefalls sind an den Prüfungsausschuss zu richten.

§ 13

Sonderfälle

(1) Macht der Studierende im Vorfeld von Prüfungen glaubhaft, dass er wegen lang andauernder oder ständiger körperlicher oder seelischer Beeinträchtigung nicht in der Lage ist, Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, so ist dem Studierenden zu gestatten, die Prüfungsleistungen innerhalb einer verlängerten Bearbeitungszeit oder gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Bestehen im Einzelfall Zweifel an diesen Angaben, kann die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes verlangt werden. Über den Antrag entscheidet der Prüfungsausschuss und trifft Festlegungen zum weiteren Verlauf des Studiums.

(2) Entsprechendes gilt für Studienleistungen. Dabei ist zu gewährleisten, dass der Studierende in ausreichendem Maße am Präsenzstudium teilnimmt.

§ 14

Praxissemester

(1) Aufgabe und Ziel des Praxissemesters ist es, Studierende zu befähigen, durch die Kombination von theoretischen Veranstaltungen an der Friedrich-Schiller-Universität und praktischen Erfahrungen an einer Praktikumsschule ihre Handlungsfähigkeiten weiter zu entwickeln und ihr

pädagogisches Handeln wissenschaftlich zu reflektieren. In Zusammenarbeit mit den zuständigen Lehrkräften an der Praktikumsschule und den Hochschullehrern sollen die Studierenden Kompetenzen in den Bereichen Unterrichten, Erziehen, Beurteilen und Innovieren entwickeln (vgl. die bildungswissenschaftlichen Lehrerbildungsstandards der KMK vom 16. Dezember 2004). Die werktägliche Anwesenheit in der Schule soll in der Regel 5 Zeitstunden nicht unterschreiten. Aufbau und Durchführung des Praxissemesters sind so angelegt, dass die Ausbildung auf die Dauer des Vorbereitungsdienstes angerechnet werden kann. Das Nähere regelt die Praxissemesterordnung für Lehrämter der Friedrich-Schiller-Universität.

(2) Das Praxissemester findet im 5. oder 6. Fachsemester gemäß Musterstudienplan statt, in der Regel im 5. Fachsemester. Über Ausnahmen entscheidet das Praktikumsamt des ZLD. Das Praxissemester dauert in der Regel ein Schulhalbjahr lang. Die lehrerbildenden Studiengänge sind so aufgebaut, dass während des Praxissemesters keine anderen Modulveranstaltungen oder Modulprüfungen stattfinden.

(3) Die Anmeldung zum Praxissemester und die Schulzuweisung sind im § 4 der Praxissemesterordnung geregelt.

(4) Das Praxissemester gliedert sich in 5 Module:

- Modul P1: Einführung in die Schulwirklichkeit (10 LP)
- Modul P2: Fachdidaktik des ersten Studienfachs (5 LP)
- Modul P3: Fachdidaktik des zweiten Studienfachs (5 LP)
- Modul P4: Erziehungswissenschaft A: Diagnostizieren – Beraten (5 LP)
- Modul P5: Erziehungswissenschaft B: Evaluieren – Innovieren (5 LP)

Die Module des Praxissemesters zeichnen sich als Theorie-Praxis-Veranstaltungen dadurch aus, dass sie sowohl die anteiligen Zeitkontingente, die für das Schulpraktikum, als auch die jeweiligen Zeitkontingente, die für die Begleitseminare aufgewendet werden, umfassen.

(5) Die praktische Tätigkeit in der Praktikumsschule wird aufgrund eines schriftlichen Urteils des Leiters der Praktikumsschule vom Praktikumsamt für Lehrämter des ZLD mit „erfolgreich absolviert“ bzw. „nicht erfolgreich absolviert“ bewertet. Die Bewertung mit dem Urteil „nicht erfolgreich absolviert“ hat ein Beratungsgespräch mit dem Praktikanten zur Folge. Das Nähere regelt die Praxissemesterordnung.

(6) Die Leistungen aller Module werden bewertet. Die Leistungen der Module 2 – 3 gehen in die Staatsprüfungsnoten der jeweiligen Fachdidaktiken ein, die Leistungen der Module 4 – 5 gehen in die Staatsprüfungsnote der Erziehungswissenschaft ein. Das Praxissemester gilt als erfolgreich absolviert, wenn alle Module mindestens mit der Note „ausreichend“ bzw. mit „bestanden“ bewertet worden sind. Das Nähere, insbesondere die Wiederholung des ganzen Praxissemesters bzw. von Teilen, regelt die Praxissemesterordnung. Die Noten aller Module des Praxissemesters werden als Praktikumsbescheinigung in der erforderlichen Form dokumentiert.

(7) Der schulische Teil des Praxissemesters kann an einer Schule in einem anderen Bundesland oder an einer ausländischen Schule absolviert werden. Die Absicht ist dem Praktikumsamt für Lehrämter des ZLD mit der Meldung zum Praxissemester mitzuteilen. Das Nähere, insbesondere die Sicherung der Gleichwertigkeit, regelt die Praxissemesterordnung.

(8) Zuständig für die Beratung zu den modulübergreifenden Fragen ist das Praktikumsamt für Lehrämter des Zentrums für Lehrerbildung und Didaktikforschung (ZLD). Zuständig für die Beratung zu den Modulen des Praxissemesters sind die Modulbeauftragten.

§ 15

Bewertung der Prüfungsleistungen in Modulen, Bildung der Noten

(1) Die Noten für die Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen Prüfern festgesetzt.

Es gelten folgende Noten:

- | | |
|------------------|--|
| 1 = sehr gut | = eine hervorragende Leistung, |
| 2 = gut | = eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Leistungen liegt, |
| 3 = befriedigend | = eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht, |
| 4 = ausreichend | = eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt, |

5 = nicht bestanden = eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

(2) Zur differenzierten Bewertung von Prüfungsleistungen können Zwischenwerte durch Erhöhen oder Erniedrigen der einzelnen Werte um 0,3 gebildet werden; die Noten 0,7; 4,3; 4,7, und 5,3 sind ausgeschlossen.

(3) Eine Modulprüfung ist bestanden, wenn sie mit „bestanden“ oder mindestens mit 4,0 („ausreichend“) bewertet worden ist.

(4) Besteht eine Modulprüfung aus Teilprüfungen, dann errechnet sich die Note aus dem Durchschnitt der Noten der Teilprüfungen. Sind die Teilprüfungen Prüfungen über verschiedene Stoffgebiete, muss jede Teilprüfung bestanden sein. Diese Regelung ist in der Modulbeschreibung auszuweisen. Eine Gewichtung der Prüfungsleistungen ist möglich. Die Gewichtung ist in der Modulbeschreibung festzulegen.

(5) Bei der Bildung der Modulnoten wird von den Dezimalstellen nach dem Komma nur die erste unter Vernachlässigung aller weiteren Stellen berücksichtigt.

(6) Die Noten lauten:

| | |
|--|---------------|
| Bei einem Durchschnitt bis 1,5 | sehr gut, |
| bei einem Durchschnitt von 1,6 bis 2,5 | gut, |
| bei einem Durchschnitt von 2,6 bis 3,5 | befriedigend, |
| bei einem Durchschnitt von 3,6 bis 4,0 | ausreichend. |

§ 16

Wiederholung von Modulprüfungen

(1) Modulprüfungen, die nicht bestanden sind oder als nicht bestanden gelten, können in der Regel einmal wiederholt werden. Bei Modulprüfungen, die aus mehreren Prüfungsleistungen in verschiedenen Stoffgebieten bestehen, sind nur die jeweils nicht bestandenen Prüfungsleistungen zu wiederholen. Die Prüfungsform der Wiederholungsprüfung kann von der Prüfungsform der ersten Prüfung abweichen, wenn im Modulkatalog diese Möglichkeit vorgesehen ist.

(2) Der Wiederholungstermin ist so anzusetzen, dass zwischen der Bekanntgabe des ersten Prüfungsergebnisses und der Wiederholungsprüfung mindestens zwei Wochen liegen. Fällt ein Wiederholungstermin einer Modulprüfung in das Praxissemester, wird der Termin auf einen Zeitpunkt nach dem Praxissemester verschoben. Das Prüfungsamt gibt den neuen Prüfungstermin bekannt.

(3) Ein nicht beständenes Wahlpflichtmodul kann in höchstens zwei Fällen auf Antrag an den zuständigen Prüfungsausschuss durch ein anderes erfolgreich absolviertes Wahlpflichtmodul ersetzt werden.

(4) Eine zweite Wiederholung einer Modulprüfungsleistung kann in bestimmten Härtefällen gestattet werden. Hierüber entscheidet auf Antrag der zuständige Prüfungsausschuss.

(5) Wiederholungsprüfungen werden von zwei Prüfern begutachtet.

§ 17

Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht ausreichend“ (Note 5,0) bewertet, wenn der Kandidat zu einem Prüfungstermin ohne triftige Gründe nicht erscheint oder wenn er nach Zulassung zur Modulprüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktritt. Dasselbe gilt für versäumte Abgabetermine schriftlicher Hausarbeiten oder anderer Prüfungsleistungen.

(2) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Werden die Gründe anerkannt, so wird ein neuer Termin anberaumt. Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall anzurechnen. Bei Krankheit oder Unfall des Kandidaten oder eines überwiegend von ihm selbst zu versorgenden Kindes ist ein ärztliches und im begründeten

ten Einzelfall auf Verlangen des Prüfungsausschusses ein amtsärztliches Attest vorzulegen, in dem die Prüfungsunfähigkeit bescheinigt wird.

(3) Ein Rücktritt von einer Prüfungsleistung nach Bekanntgabe der Note ist ausgeschlossen.

(4) Versucht der Kandidat, das Ergebnis seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die gesamte Modulprüfung als „nicht bestanden“ (Note 5,0). Ein Kandidat, der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von dem jeweiligen Prüfer bzw. Aufsichtführenden von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden; in diesem Falle gilt die betreffende Prüfungsleistung als „nicht bestanden“ (Note 5,0).

§ 18

Widerspruchsverfahren

(1) Ablehnende Entscheidungen und andere belastende Verwaltungsakte des Prüfungsausschusses, die nach dieser Ordnung getroffen werden, sind schriftlich zu erteilen und zu begründen sowie mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Gegen sie kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Bescheides Widerspruch beim Prüfungsausschuss eingelegt werden, der darüber entscheidet.

(2) Soweit sich der Widerspruch gegen getroffene Entscheidung von Prüfern richtet, entscheidet der Prüfungsausschuss nach Anhörung der Prüfer.

(3) Mitglieder des Prüfungsausschusses können Zuständigkeiten des Ausschusses nicht wahrnehmen, wenn sie selber Beteiligte an der dem Widerspruch zugrunde liegenden Prüfungsangelegenheit sind.

(4) Über einen Widerspruch soll zum nächstmöglichen Termin entschieden werden. Soweit dem Widerspruch nicht abgeholfen wird, ist der Bescheid zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Der Widerspruchsbescheid ist dem Widerspruchsführer zuzustellen.

§ 19

Bescheide und Bescheinigungen

(1) Ist eine Prüfung endgültig nicht bestanden oder gilt sie als endgültig nicht bestanden, so erteilt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dem Kandidaten hierüber einen schriftlichen Bescheid.

(2) Verlässt der Kandidat die Hochschule oder wechselt er den Studiengang, so wird ihm auf Antrag eine Bescheinigung ausgestellt, die die erbrachten Prüfungs- und Studienleistungen und deren Bewertung enthält.

§ 20

Ungültigkeit bereits festgestellter Prüfungsergebnisse

(1) Hat der Studierende bei der Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nachträglich bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung der Kandidat getäuscht hat, entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass der Kandidat hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nachträglich bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat der Kandidat die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so entscheidet der Prüfungsausschuss.

(3) Dem Kandidaten ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und ggf. ein neues zu erteilen. Eine Entscheidung nach Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 ist nach Ablauf einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

§ 21

Einsicht in die Prüfungsakten und Aufbewahrungsfrist

- (1) Nach Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse wird dem Studierenden auf Antrag in angemessener Frist Einsicht in seine Prüfungsunterlagen gewährt. Das Prüfungsamt bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.
- (2) Bestehen Modulprüfungen aus Teilleistungen, so gilt Abs. 1 analog für jede Teilprüfung.
- (3) Prüfungsunterlagen sind mindestens noch ein Jahr nach Abschluss der Ersten Staatsprüfung aufzubewahren.

§ 22

Studienfachberatung

- (1) Zu den Modulen beraten die Modulverantwortlichen. Zu fachspezifischen Studienproblemen sowie zum Studienablauf beraten die Fachstudienberatungen der Wirtschaftswissenschaftlichen und der Rechtswissenschaftlichen Fakultät.
- (2) Zur Staatsprüfung berät das Landesprüfungsamt für Lehrämter.
- (3) Für nicht fachspezifische Studienprobleme steht die Zentrale Studienberatung der Friedrich-Schiller-Universität zur Verfügung.

§ 23

Gleichstellungsklausel

Status- und Funktionsbezeichnungen nach dieser Ordnung gelten gleichermaßen in der weiblichen und in der männlichen Form.

§ 24

Inkrafttreten, Übergangsbestimmungen

- (1) Diese Ordnung tritt mit Ihrer Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Friedrich-Schiller-Universität Jena zum 01. Oktober 2008 in Kraft.
- (2) Die Ordnung gilt ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens ferner für alle Studierenden, die ihr Studium ab dem Wintersemester 2007/2008 aufgenommen haben. Leistungen, die von diesen Studierenden bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Ordnung in ihrem Studium erbracht wurden, werden anerkannt. Die Regelungen des § 29 Abs. 2 bis 4 ThürESTPLGymVO bleiben unberührt.

Jena, 9. März 2009

Der Rektor
der Friedrich-Schiller-Universität